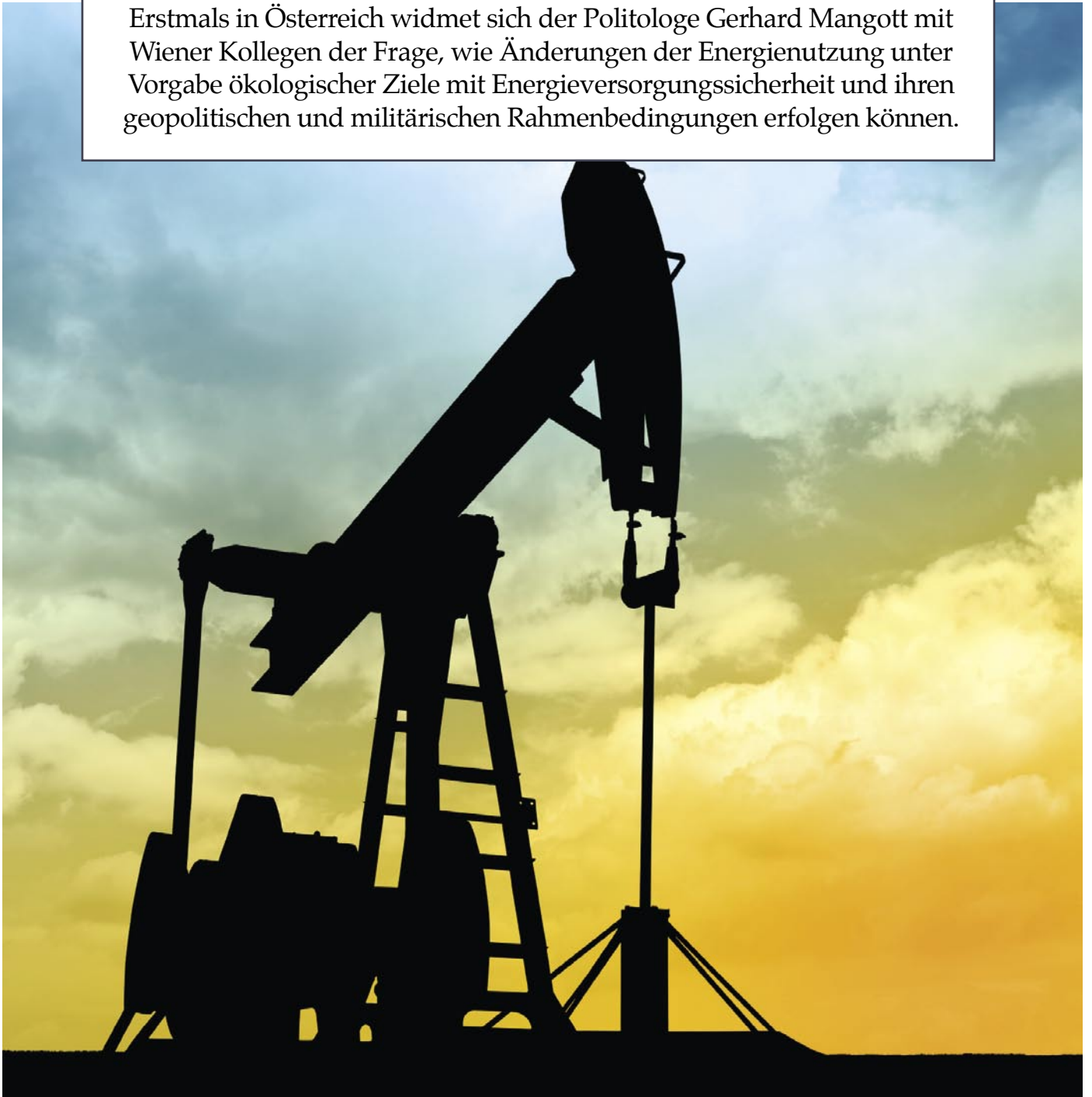


# ENERGIE FÜR EUROPA

Erstmals in Österreich widmet sich der Politologe Gerhard Mangott mit Wiener Kollegen der Frage, wie Änderungen der Energienutzung unter Vorgabe ökologischer Ziele mit Energieversorgungssicherheit und ihren geopolitischen und militärischen Rahmenbedingungen erfolgen können.



Nicht erst seit den letzten dramatischen Öl- und Gaspreisschwankungen ist die nachhaltige Energieversorgung Europas eines der ganz wesentlichen Politikfelder. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfügen lediglich über knapp 1,4 Prozent der weltweit derzeit bekannten Vorkommen von Öl und Erdgas, verbrauchen jedoch ungefähr 18 Prozent der jeweiligen weltweiten Fördermengen. Europa und seine Wirtschaft sind daher existenziell abhängig davon, die notwendigen Rohstoffe zu importieren. Diese kommen derzeit hauptsächlich aus Russland und den ehemaligen russischen Teilrepubliken rund ums Kaspische Meer, aus Norwegen sowie den OPEC-Staaten. In der Mehrheit sind dies Staaten, in denen die politische Lage nicht dauerhaft stabil ist, was immer öfter zu Diskussionen darüber führt, inwieweit Europa in einem Energie-Sicherheits-Dilemma steckt.

Der Innsbrucker Politikwissenschaftler und Russlandexperte ao. Univ.-Prof. Dr. Gerhard Mangott will gemeinsam mit seinen Kollegen DI Peter Havlik, Edward Christie, M.Sc. und Vasily Astrov, M.Sc. vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche im Rahmen eines breit angelegten europäischen Forschungsprojektes nun die Entwicklungen bis zum Jahr 2030 analysieren. „Wir wollen uns anschauen, welche Faktoren derzeit und bis 2030 die europäische Energienachfrage steuern, wie sich der derzeitige fuel mix aus Öl, Gas, Kohle, nuklearen und erneuerbaren Energien entwickeln wird und wie der Bedarf an Energieträgern gesichert werden kann. Unser Ziel ist es aber auch, mögliche Handlungsansätze für die europäische Politik zu formulieren“, erklärt Mangott. Die Wissenschaftler beschreiten dabei Neuland in Österreich, da sich bisher niemand mit dem so wichtigen Konnex zwischen Energieversorgung und Geopolitik beschäftigt hat.

### BLICK IN DIE ZUKUNFT

Das Projekt hat vier zentrale Aspekte: Zunächst einmal werden die Wissenschaftler der Frage nachgehen, wie sich die Versorgung mit Primärenergie in Europa derzeit im Detail darstellt. Dazu gehört neben der Einschätzung, wie sich der Energieverbrauch bis zum Jahr 2030 entwickeln wird und wie sich dieser Bedarf im Hinblick auf die verschiedenen Möglichkeiten (Gas, Öl, Atomenergie, Kohle, erneuerbare Energien) zusammensetzt, auch die Frage, wie eine entsprechende Politik diese Entwicklungen beeinflussen könnte. Darauf aufbauend soll geklärt werden, wie sich die Produktions- und Zulieferungsbedingungen in den Exportstaaten, insbesondere Russland und die Staaten am Kaspischen Meer (Kasachstan, Uzbekistan, Turk-

„Es geht nicht nur um die Energiepolitik, sondern um eine gemeinsame strategische Position der EU-Staaten.“ Gerhard Mangott

menistan und Aserbaidschan), in den kommenden Jahren entwickeln werden. Eng verknüpft damit ist die Frage nach politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in jenen Staaten, durch die bestehende oder geplante Pipelines führen. Derzeit sind dies Weißrussland, die Türkei, die Ukraine und Georgien. Gerade diese Einschätzungen spielen eine wichtige Rolle bei den geopolitischen und geostrategischen Überlegungen im Rahmen der Europäischen Sicherheitspolitik.

### GIBT ES ALTERNATIVEN?

Ein dritter Aspekt des wissenschaftlichen Projekts widmet sich der Frage, inwieweit Europa die Öl- und Gasversorgung auf neue, zusätzliche Lieferanten verteilen kann. Beim Öl gibt es hier aus strategischer Sicht keine Probleme, da es in erster Linie in Tankschiffen transportiert wird und daher alternative Anbieter genutzt werden können. Wesentlich schwieriger ist das beim Erdgas. Zunächst einmal hängt es davon ab, ob das Gas auch zukünftig in Pipelines transportiert werden soll. Die Erdgasversorgung über Pipelines stößt auf Grenzen, denn die technische Machbarkeit, vor allem aber die wirtschaftliche und finanzielle Rentabilität von Gaspipelines sinkt bei einer Streckenlänge von mehr als 5000 km drastisch. Eine Alternative dazu stellt die Verflüssigung des Gases dar. Dieses Flüssiggas könnte dann auch in Tankern verschifft werden, wobei das Sicherheitsrisiko solcher Gas-Tanker aufgrund möglicher terroristischer Anschläge nicht unerheblich wäre. Abschließend werden die Wissenschaftler die Vorteile beleuchten, die in einer deutlich stärkeren und wirkungsvolleren gemeinsamen Energiepolitik der Staaten der Europäischen Union liegen. Um dies jedoch zu erreichen, müssen die nationalen Interessen der einzelnen EU-Staaten genauer unter die Lupe genommen werden. „Die Herausforderungen in diesem Zusammenhang sind sehr groß, denn auch wenn es auf den ersten Blick ‚nur‘ um die Energiepolitik geht, so zeigt sich beim zweiten Blick, dass mit der Frage nach einer nachhaltigen Energieversorgung für Europa viele unterschiedliche Politikfelder zusammenhängen“, betont Gerhard Mangott. „Es geht nicht nur um die Energiepolitik, sondern vor allem um eine gemeinsame strategische Position der EU-Staaten in der Sicherheitspolitik, der Wirtschaftspolitik und Umwelt- und Klimapolitik. Wir wollen mit unserer Arbeit eine Basis für Zukunftsszenarien schaffen und sowohl der Politik als auch der Wirtschaft als Experten zur Verfügung stehen.“ US 

## GERHARD MANGOTT



Gerhard Mangott, Jahrgang 1966, ist seit 2003 ao. Univ. Prof. am Institut für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck. Mangott studierte von 1984 bis 1989 Politikwissenschaft und Geschichte in Innsbruck und Salzburg. Von 1991 bis 2007 war er Osteuropa-referent am Österreichischen Institut für Internationale Politik.